

Forstenried: Verein Hubertus erwägt Erwerb der bislang nur gepachteten 8,1 Hektar

Schützen wollen Staatswald kaufen

Bürgergremium und SPD-Politiker Ludwig Wörner drängen Finanzminister Fahrenscho, das Geschäft zu stoppen

Jetzt hat der Bayerische Finanzminister Georg Fahrenscho den Schwarzen Peter im Streit um die umweltgerechte Sanierung und Erweiterung der Schießanlage des Vereins Hubertus in Unterdill - einem Teil des Naherholungsgebiets Forstenneder Park. Den Schützen gehört bisher lediglich die Fläche, auf dem das Vereinsheim steht Den Rest haben sie seit vielen Jahren gepachtet. Hubertus e.V. hat aber beim Bayerischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten den Antrag gestellt, aus dem Staatswald 8,1 Hektar kaufen zu können.

Die Bayerischen Staatsforsten schrieben dem SPD-Landtagsabgeordneten Ludwig Wörner auf eine Anfrage, es sprächen „keine zwingenden betrieblichen Gründe gegen den beantragten Verkauf“. Daher sei das Grundstück mit Zustimmung des Ministeriums bereits Ende 2008 an die Agentur Immobilien Freistaat Bayern übertragen worden, die dem Finanzminister zugeordnet ist.

Diese müsse den Preis ermitteln und den Kauf abwickeln. Wörner gab seine Informationen dem Bezirksausschuss 19 (Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln) weiter. Dort stellte die SPD den Dringlichkeitsantrag, der BA solle an Fahrenscho und an alle Abgeordneten aus den Landkreisen München und Starnberg appellieren, den Gang zum Notar zu unterbinden: „Erst der Verkauf der Forstflächen macht den massiven Ausbau und die Verlängerung der Schießzeiten möglich“, argumentierte Sprecherin Micky Wenngatz.

Die CSU brachte einen eigenen Antrag durch, der die Stadt auffordert, nur Umbauten zu genehmigen, die den Lärm- und den Umweltschutz verbessern, und keine Änderung der Schussrichtung zum Wohngebiet hin zuzulassen. Lediglich Alexander Aichwalder (Grüne) stimmte gegen beides: Er wolle zuerst wissen, ob es Bestandsschutz gibt und eine einvernehmliche Lösung suchen anstelle von Konfrontation.

Wörner fordert Minister Fahrenscho in einem offenen Brief auf, das Geschäft zu verhindern, denn die Schützen hätten auf einer nur gepachteten Fläche viel weniger Möglichkeiten. Gegnern der Schießanlage nutze es nichts, Forderungen an den Oberbürgermeister zu richten, denn die zuständige Behörde müsse das Projekt absegnen, wenn alle Auflagen erfüllt seien und eine Erweiterung genehmigungsfähig sei - andernfalls könne der Schützenverein sich dieses Recht vor dem Verwaltungsgericht erstreiten. „Sie jedoch, Herr Minister, können sehr wohl politisch handeln, da der Grundstücksverkauf an keine rechtlichen Bedingungen gebunden ist“, schrieb Wörner.

Horst Wolf, Sprecher des Finanzministeriums, erklärt, der Freistaat müsste die Flächen ordnungsgemäß ausschreiben. Das sei bisher aber nicht geschehen, weil der Finanzminister erst einmal abwarten wolle, ob und was die Stadt genehmige: „Vielleicht wollen die Schützen die Fläche ja dann gar nicht mehr.“ Der Schützenvereins-Vorsitzende Ludwig Obermeier war am gestrigen Donnerstag nicht zu erreichen, doch Beate Marschall vom Sportschützenbund erklärte diese Verkaufsdiskussion zum „Nebenkriegsschauplatz“. Der Verein müsse nicht Eigentümer sein: Zinsverbilligte Landesdarlehen zu seinem Vorhaben bekäme er auch mit einem 25-Jahres-Pachtvertrag. Aber ohne die Sicherheit des Grundstücks bekomme er keinen Cent von einer Bank“, kontert Wörner

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 18.09.2009 – Renate Winkler-Schlang